

„Keine Privilegien für die katholische Kirche in Schulen!“

Nach der jüngsten Debatte über getrennten Schwimmunterricht begrüßen sechs Organisationen (AHA, LLE, LPL, Libco, SEW/OGBL und FGIL) in einer gemeinsamen Stellungnahme, dass sich die zuständige Parlamentskommission entschieden gegen die religiös motivierte Möglichkeit von getrennten Schwimmkursen für Jungen und Mädchen ausgesprochen hat.

Zu einer Gesetzesänderung soll es laut Bildungsministerin nicht kommen, „pragmatische Lösungen“ sollen her. Zu klären bleibt laut „Allianz von Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg“ (AHA); „Ligue luxembourgeoise de l'enseignement“ (LLE); „Libre pensée luxembourgeoise“ (LPL), „Liberté de conscience“ (Libco), dem „Syndikat Erziehung a Wëssenschaft am OGBL“ (SEW/OGBL) und der „Fédération générale des instituteurs luxembourgeois“ (FGIL) jedoch, was genau damit gemeint ist.

Laut Autonomiegesetzgebung könne dann wohl jeder Schuldirektor willkürlich eine Entschei-



Foto: AP Photo/Franka Bruns

AHA, LLE, LPL, Libco, SEW/OGBL und FGIL sprechen sich gegen jegliche religiöse Privilegien im Bildungswesen aus

dung treffen, welches eine undemokratische Vorgehensweise darstellt, vermuten die sechs Organisationen.

Für sie stellt einerseits jede noch so kleine Ausnahme in Bezug auf religiöse Privilegien eine Gefahr für ein modernes und weltanschaulich neutrales Schulwesen dar, dessen Verantwortung unter anderem auch der gesellschaftliche Zusammenhalt ist:

Wenn sich nämlich solche Ausnahmen im Schwimmunterricht normalisieren würden, sei es kein weiter Weg mehr hin zu religiös motivierten Dispensen, beispielsweise vom Biologie- oder vom Geschichtsunterricht. Deshalb gehörten Religionen nicht in die öffentliche Schule, betonen AHA, LLE, LPL, Libco,

SEW/OGBL und FGIL in ihrem Schreiben.

Es sei jedoch andererseits problematisch, zu argumentieren, muslimischen Eltern z.B. sei eine Ausnahme oder ein Privileg abzuschlagen, während eine andere Glaubensrichtung, die katholische Kirche, weiterhin über das außergewöhnliche Privileg eines eigenen Religionsunterrichts in öffentlichen Schulen verfügt.

„Sollte man bei einem derart wichtigen Thema wirklich mit zweierlei Maß messen?“, fragen die Autoren.

Entweder würden ausnahmslos allen Glaubensrichtungen Privilegien gewährt oder aber die Schule würde strikt laizistisch ausgerichtet. Alles andere wäre inkonsequent.

Klärung

Die heftige Diskussion vergangene Woche um die religiös bedingte Geschlechtertrennung im Schwimmunterricht biete und erfordere eine Klärung der Frage des katholischen Religionsunterrichts, der heute für die Begünstigung einer einzigen Weltanschauung in der Schule stehe, die längst nicht mehr den realen Gegebenheiten und Anforderungen unserer modernen, pluralistischen Gesellschaft entspricht (siehe CEPS-Studie vom Februar 2011).

Aus diesen Gründen setzen sich die sechs Organisationen klar und deutlich für das Abschaffen des katholischen Religionsunterrichts im Rahmen des

öffentlichen Schulunterrichts ein, und sprechen sich gegen jegliche religiöse Privilegien im Bildungswesen aus.

„Die öffentliche Schule sollte ein Ort sein, an dem ausschließlich Wissen und Können vermittelt wird, und wo Kinder unabhängig von den weltanschaulichen Präferenzen ihrer Eltern zu geistig freien und kritisch denkenden Bürgern heranwachsen können. Schule soll als Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stehen, statt für die religiöse Segregation“, erklären die erwähnten Organisationen.

In diesem Sinne fordern sie die Regierung dazu auf, sich der Frage endlich anzunehmen und in öffentlichen Schulen eine weltanschaulich neutrale Wertevermittlung für alle Kinder einzuführen. Ein erster Schritt könnte die Auswertung des Pilotprojekts im „Neie Lycée“ sein, wie es auch die am 7. Juni im Parlament gestimmte Motion vorsieht, welche die Regierung dazu auffordert, „à présenter à la Chambre des Députés les conclusions à tirer du projet de l'éducation aux valeurs qui a été initié et développé dans le cadre du 'Neie Lycée'“.